

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912

356 (24.12.1912) Erstes und Zweites Blatt

Wegweiser:
in Karlsruhe und Vororten: frei ins Haus geliefert vierteljährlich M. 1.66, an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 50 Pfennig. Auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich M. 2.22. Am Postschalter abgeholt M. 1.80. Einzelnummer 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

Anzeigen:
die einseitige Beilage oder deren Raum 20 Pfennig. Reklamezeile 45 Pfennig. Rabatt nach Tarif.
Anzeigen - Annahme: größere später, bis 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse: Expedition Nr. 203. Redaktion Nr. 2994.

109. Jahrg. Nr. 356.

Dienstag, den 24. Dezember 1912

Erstes Blatt.

Verantwortlich: Gustav Reppert; verantwortlich für Politik: J. Straub; für den übrigen Teil: Osk. Gerhardt; für die Inserate: Paul Kuschmann. Druck und Verlag: C. F. Wälterische Hofbuchhandlung m. b. H., Königsplatz in Karlsruhe. Fernruf: 211. Druckerei: Wilmersberg, Lohlebergstraße 51. — Für Aufbewahrung ungelieferter Manuskripte oder Druckfächer übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

Heute Schluß

der Inseraten - Annahme für die Weihnachtsnummer mittags 1 Uhr.

Mittwoch, den 25. Dezember, bleibt unser Büro wegen des Weihnachtsfestes geschlossen.
Donnerstag, den 26. Dezember, erscheint kein Tagblatt.

Die nächste Nummer nach den Feiertagen wird **Freitag, den 27. Dezember, nachmittags**, ausgetragen.

Anzeigen für die Freitagsnummer
erfahren wir
größere spätestens Dienstag, den 24. Dezember, uns zugehen zu lassen;
kleinere können auch Donnerstag, morgens von 11 bis 12 Uhr, und Freitag, morgens von 7 bis 9 Uhr, aufgegeben werden.

Geschäftsstelle des Karlsruher Tagblattes.

Regentschaft oder Königswürde?

Unser Münchener Berichterstatter schreibt uns: Nun hat Prinzregent Ludwig den Verfassungsentwurf abgelehnt. Man wußte schon seit einigen Tagen, daß der feierliche Akt keinen Schritt weiter bringen werde in der Frage, die zurzeit im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß nach den Präzedenzfällen beim Tode des ersten Regenten zu schließen der Wunsch allgemein sei, den Regentschaftszustand, in welchem sich der bayerische Staat seit dem Sommer 1886 befindet, zu befestigen. Der Wunsch war auch hier der Vater des Gedankens. Aber jetzt, wo die Rechtsfrage zur politischen wird, scheinen sich doch größere Schwierigkeiten zu ergeben.

Als die Verfassung vor fast hundert Jahren als einigendes Band dem erst kürzlich aus vier Stämmen und einer großen Zahl kleiner politischer Territorien gebildeten Königreiche gegeben wurde, war der Begriff des „Gottesgnadentums“ noch so unverwundbar, daß man gar nicht daran dachte, es könnte einmal ein anderer Anlaß für die Einsetzung einer Regentschaft vorliegen als die Minderjährigkeit des Trägers der Krone oder vorübergehende Indisposition. Diese Idee (nicht Bräute, wie durch Sagefehler in unserem letzten Münchener Brief stand) im wichtigsten Staatsgrundgesetz ergab dann später die staatsrechtlichen Bedenken gegen die Absetzung des unheilbar geisteskranken Königs. Daß man aber solchen Erwägungen, wenn es das Wohl des Staates erfordert, ein Paroli bieten kann, dafür weist ja gerade Badens Geschichte ein Beispiel auf. Ihm zu folgen wurde Luitpold durch Gründe persönlicher Natur, vor allem auch aus Rücksicht auf die bei der Königsstatuierung zu Tage tretende und erst verhältnismäßig spät überwundene mißtrauische Volksstimmung abgelehnt. Heute sind es, wie gesagt, weniger persönliche als politische Faktoren, die nun doch den Übergang der Königswürde auf den Prinzregenten trotz der populären Stimmung, wenn nicht verhindern, so doch verzögern dürften. Es ist einleuchtend, daß solche Aktionen Rückendeckung durch möglichstste Einmütigkeit der Volksvertretung wünschenswert erscheinen lassen. Das widerspricht jedoch schon dem Legitimitätsprinzip, wenigstens in streng orthodoxer Auffassung. Also liegt ein „Circulus vitiosus“ vor. Freilich könnte man diesen mit einem energischen Entschluß lösen wie weiland Alexander den gordischen Knoten. Doch muß man dabei die Volksvertretung mindestens das Gesicht wahren lassen. Wie stellt sich nun diese zu der Frage?

Das Oberhaus, „die Kammer der Reichsräte“, hält sich offensichtlich zurück. Es will die Stellungnahme der „Kammer der Abgeordneten“ beziehungsweise ihrer Fraktionen erst abwarten. Unter diesen Umständen ist die Sozialdemokratie zu einem, wie etwas orakelhaft verkündet wird, „ihrer prinzipiellen Haltung entsprechenden Beschluß“ gekommen. Näheres aber über ihn ist nicht bekannt geworden. Die vereinigten Liberalen haben sich in ihrer Fraktionsführung anscheinend ziemlich einmütig prinzipiell für die Verfassungsänderung ausgesprochen, wenn die Regierung die Initiative ergreift, stehen aber auf dem Standpunkt, daß den beiden Kammern des Landtages in den etwaigen Bestimmungen über die Beendigung der Regentschaft ein ausreichendes Mitbestimmungsrecht gesichert werden müsse, ähnlich den Bestimmungen über die Einsetzung der Regentschaft. Die Konserverativen werden kaum Schwierigkeiten machen, zumal wenn sich das Zentrum um entschieden hat, dessen Anhängsel sie geworden sind. Dieses aber hat sich in einer endlosen Fraktionsführung zu keiner Einigung durchbringen können. Wie-

der einmal stehen sich nämlich sein feudaler und demokratischer Flügel gegenüber. Es ist nicht von ungefähr, wenn Doktor Heim im Würzburger Blatt Altorius Gerstenbergers auf die Finanzfrage hinweist, und seinen Anhang vor den „Kosteln“ stüßig macht. So etwas wirkt immer auf die ländlichen Gemüter, wenn auch die Erhöhung der Spanagenleistung des Landes im Fall der Aufhebung des Regentschaftszustandes vielfach überschätzt wird, und macht populär; denn „zahlen“ tut keiner gern. Aber, wie gesagt,

eigentlich steckt dahinter der alte Antagonismus zwischen dem „Bauernvolk“ und den „Großtopfeten“, den Freiherrn v. Hertling und v. Soden. Man ist diesen im Grunde neidig auf die Ministerherlichkeit und gönnt ihnen schon gar nicht das historische und nicht zu unterschätzende politische Prestige eines „Ministeriums der Königsmacher“. Es ist kein Geheimnis, daß die Schaffung des Zentrumsministeriums durch die bekannte Reichsratsgruppe die Bedeutung der Ersten Kammer wesentlich ge-

steigert und den Schwerpunkt der politischen Macht von der Abgeordnetenkammer in das Herrenhaus verlegt hat. Das Zentrum fühlt sich durch die vornehme Verwandtschaft mehr als nur geniert. Es muß sich oftmals — und die Ministermacher vom Februar wußten dies voraus und beabsichtigten eine solche Wirkung — einen Zwang antun, dessen es als frischfrommfreie, wenn auch nicht offizielle Oppositionspartei sich sonst immer entziehen durfte. Andererseits aber braucht das Zentrum die Feudalherren in der durch und durch feudalistischen Ersten Kammer und fürchtet eine Modernisierung derselben, die eine mögliche, ja sehr wahrscheinliche Konsequenz der jetzt in Frage stehenden Verfassungsänderung wäre.

Also vorerst wird die Frage Regentschaft oder Königswürde noch offen bleiben. Die Entscheidung werden auch nicht staatsrechtliche Preisgaben bringen — denen steht höchstens zu, „die Formel zu finden“ —, sondern politische Notwendigkeiten und politische Wille.

Die Ausführungen unseres Münchener K. F. - Berichterstatters sind zum Teil durch die Ereignisse überholt worden, nachdem Prinzregent Ludwig in einem Handschreiben an den Staatsminister von Hertling erklärt hat, daß zurzeit von irgendwelchen Maßnahmen zur Beendigung der Regentschaft abgesehen werden solle. Wir bringen sie gleichwohl zum Ausdruck, weil sie immerhin auch jetzt noch geeignet erscheinen, die derzeitige politische Lage in Bayern zu beleuchten.

Unser Mitarbeiter schreibt uns weiter:
Nach der zwiespältigen Haltung der Zentrumsfraktion und den bei den strengen Legitimisten der Reichsratskammer bestehenden staatsrechtlichen Bedenken war auf ein imponierendes einstimmiges Eintreten der Volksvertretung für die Verfassungsänderung nicht mehr zu hoffen. Damit mußte von einem entscheidenden Schritt abgesehen werden. Auch die Klausel im Beschluß der liberalen Fraktion mag bei der nun vorliegenden Entscheidung mitgewirkt haben. Der Hauptgrund liegt aber wohl in der Haltung des Zentrums; die „intimen Feinde“ des Herrn v. Hertling haben für diesen allzu wenig orientierten und zaghaften Staatsmann die sehr peinliche Situation geschaffen. Im übrigen beachte man den Ausdruck „zurzeit“ in dem Handschreiben des Regenten; vorerst ist also der Wille zu einer je einschneidenden politischen Tat bei den maßgebenden Faktoren nicht stark genug gewesen, weil die Notwendigkeit einen seit 26 Jahren währenden Zustand zu ändern, doch nicht zwingend genug schien. Vielleicht wird das Zentrum sich mit der Zeit einigen. Sei dem nun, wie ihm wolle, jedenfalls bleibt das Handschreiben ein persönliches Dokument, dessen vornehme Gefinnung und geminnender Ton dem Prinzregenten Ludwig neue Sympathien erwecken wird.

Auch eine bayrische „Königsfrage“.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus München mitgeteilt wird, ist die Frage, ob Regent oder König, für den Staat auch von beträchtlicher vermögensrechtlicher Bedeutung. Die verfassungsrechtliche Zivilliste für den König beträgt jährlich 4 231 044 M. (Finanzgesetz vom 2. Juli 1876). Träger und Ruhnießer dieses Vermögensrechtes ist zur Zeit König Otto. Der Regent bezieht dagegen nur einen jährlichen, aus der Staatskasse zu zahlenden Betrag von 200 000 Gulden (= rund 342 000 M.). Keinerlei Bestimmungen bestehen bezüglich des Unterhaltes eines von der Regierung zurücktretenden Königs. Der Staat ist zu dessen Bestreitung ebensowenig verpflichtet als die Zivilliste. Es erübrigt daher nichts, als daß der abdankende Herrscher durch gleichzeitigen Vertrag mit seinem Nachfolger sich seinen Unterhalt aus der Zivilliste ausbedingte. Da eine freiwillige Abdankung des Königs Otto bei seiner Geisteskrankheit nicht in Frage kommen kann, so mußten im gegebenen Falle seine Vermögensrechte durch Gesetz festgesetzt werden. Die Folge hiervon wäre eine Mehrung der Staatsausgaben, da entweder die Zivilliste des regierenden Königs erhöht oder neben dieser eine Zivilliste für den regierungsunfähigen König neugeschaffen werden müßte.

Bei Annahme der Königswürde durch den Prinzregenten Ludwig hätte aber die Staatskasse auch seinen Kindern, deren er 13 hatte und von denen noch 8 (3 Söhne und 5 Töchter) leben, Spanagen auszugeben. Der Kronprinz (Prinz Rupprecht) hätte einen Anspruch auf ein Jahresgehalt von 230 000 Gulden. Sein Bruder als nachgeborene Kinder des Königs könnten jährliche Geldrenten bis zu 100 000 Gulden verlangen, wobei sich die Spanage nicht unter 60 000 Gulden und im Falle der Verheiratung sogar nicht unter 80 000 Gulden belaufen darf. Diese Spanage ist sogar vererblich und fällt erst mit dem Tode des letzten männlichen Sprosses der Linie, für die diese angewiesen war, dem Staat wieder heim.
Die Prinzessinnen haben als Töchter des Königs nach zurückgelegtem 25. Lebensjahr je Anspruch auf eine jährliche Rente von wenigstens 24 000 Gulden und höchstens 30 000 Gulden, die in Monatsbeträgen aus der Staatskasse zu zahlen ist. Wenn sie sich verheiraten, sind die Kosten der Ausstattung und der Vermählung aus der Staatskasse zu bestreiten. Zugleich erhalten sie aus Staatsmitteln den Betrag von

Telephonischer Spezial- u. Nachtdienst

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Eine kurze Anfrage im Reichstag.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Berlin, 23. Dez. Eine kurze Anfrage hat der Abgeordnete Werner Hersfeld (Dtsch. Ref.-Partei) im Reichstage eingebracht; sie lautet: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß unter den mittleren Reichspost- und Telegraphenbeamten eine Bewegung im Gange ist, die eine verschiedene rechtliche Behandlung der aus dem Zivil- und der aus dem Militärämterstande herorgegangenen Beamten der Assistentenklasse in bezug auf ihre Beförderungs- und Befoldungsverhältnisse erstrebt? Ist der Herr Reichskanzler beabsichtigt, darüber Auskunft zu geben, ob bei einer etwaigen Veränderung der Personalordnung der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eine solche Differenz der derselben Klasse angehörenden Beamten mit den maßgebenden Verwaltungsgrundlagen in Einklang zu bringen wäre?

Der Besitzsteuerentwurf.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Berlin, 23. Dez. Wie die Abendblätter melden, werden die bundesstaatlichen Finanzminister am 4. Januar in Berlin zusammenzutreten, um über die Gestaltung der beabsichtigten Vorlage eines Besitzsteuerentwurfs auf Grund der vorliegenden Denkschrift zu beraten.

Autounfall des Reichstagsabgeordneten Semmler.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Hamburg, 23. Dez. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Semmler ist mit seiner Frau, seiner Tochter und seinem Schwiegerohn Dr. Schmidt bei einem Autounfall zu Schaden gekommen. Er sollte in seinem Auto von seinem Landgut, das bei Hamburg liegt, nach Hamburg fahren; bei Wramstedt versagte die Steuerung, das Auto überstürzte sich, die Insassen wurden herausgeschleudert, wobei sie gegen ein großes Eisengitter flogen. Alle vier erlitten neben leichteren Verletzungen auch Beschädigungen durch Glassplitter, die Tochter des Abgeordneten einen Rippenbruch und Dr. Schmidt einen Herzenschlag. Das Auto ging in Trümmer.

Die Verstärkung der Luftflotte.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Berlin, 23. Dez. Der Nachtragset für die Verstärkung der Luftflotte, der voraussichtlich dem Bundesrat schon im Januar vorzulegen wird, dürfte einmalige Ausgaben in der Höhe von rund 18 Millionen anfordern. Es verlautet, daß von dieser Summe 10 Millionen Markt zum Ankauf von Zeppelinkreuzern, der Rest für Luftschiffe anderer Systeme verwendet werden soll.

Schwedisch-dänisch-norwegisches Neutralitäts-Übereinkommen.

(Eigener Drahtbericht.)
Stockholm, 23. Dez. Der schwedische Minister des Auswärtigen und der dänische sowie der norwegische Gesandte haben am 21. Dez. folgende Deklaration unterzeichnet: Nachdem die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung zu dem Zwecke Verhandlungen eingeleitet haben, um eine einheitliche, mit den im Haag unterzeichneten vertragsmäßigen Bestimmungen, übereinstimmende Neutralität festzusetzen, und diese Verhandlungen in allen prinzipiellen Punkten zur Einigung geführt haben, sind sie, in richtiger Einschätzung der Bedeutung der Tatsache, daß die so glücklich bestehende Einigung auch in Zukunft erhalten werde, übereingekommen, daß keine der drei Regierungen an den von ihnen getroffenen Regeln eine Änderung vornehmen werde, ohne vorher die beiden anderen Regierungen zeitig genug davon unterrichtet zu haben, so daß ein Meinungsaustrausch über die Angelegenheit stattfinden kann.

München, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Das Verordnungsblatt des Kriegsministeriums meldet: Generalmajor Walter von Walderstaetten wurde unter Beförderung zum Generalleutnant zum vortragenden Generaladjutanten des Prinzregenten ernannt.

Rairo, 23. Dez. (Eigener Drahtbericht.) Der Khedive hat heute den neuen Mühldamm bei Assuan feierlich eingeweiht. Lord Kitchener wohnte der Feier bei. Er überreichte ein Handschreiben des Königs Georg, in dem er den Khedive zu der Einweihung beglückwünscht.

Der Zantapfel Adrianopel.

n. Berlin, 23. Dez. In Berliner diplomatischen Kreisen rechnet man, wie wir erfahren, nach wie vor damit, daß die Friedensverhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Die Hauptschwierigkeit bildet natürlich die Frage, was aus Adrianopel werden soll. Die Türkei wird von keiner Seite in ihrem Widerstand gegen die Herausgabe von Adrianopel ermutigt, andererseits wird ihr ebensowenig zugemutet, die Festung abzutreten, solange sie nicht in die Hände der Verbündeten gefallen ist. Die Mächte verhalten sich völlig neutral, und erst wenn ein völliger Bruch zu befürchten ist, werden die Vermittlungsversuche der Großmächte einsetzten, deren Ziel sein wird, unter allen Umständen weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Trotz der Geschlossenheit, mit der die Verbündeten auftreten, darf übrigens der Vermutung Ausdruck gegeben werden, daß sich die Bulgaren im Punkte Adrianopel nicht intransigent zeigen werden. Im Frieden von San Stefano, den die Verbündeten in den Hauptzügen zur Grundlage ihrer jetzigen Forderungen machen, war Adrianopel in die Desiderata Bulgariens nicht eingeschlossen. Zeigt sich Bulgarien in dieser Frage diesmal hartnäckiger, dann ist dies offenbar darauf zurückzuführen, daß Bulgarien für den Fall des Verzichts auf Adrianopel von den anderen Verbündeten eine angemessene Entschädigung verlangen würde. Es wäre dann eine Revision der zwischen den Balkanverbündeten getroffenen Vereinbarungen erforderlich. Alle diese Erwägungen lassen erkennen, daß der Friedensschluß noch geraume Zeit auf sich warten lassen wird, je lassen aber andererseits die Hoffnung offen, daß, besonders in der Frage der Festung Adrianopel, auf beiden Seiten das letzte Wort noch nicht gesprochen worden ist.

London, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Die Friedenskonferenz trat heute nachmittags 4 Uhr unter dem Vorsitz des serbischen Delegierten Romakowitsch zusammen und vertagte sich nach fast 1 1/2 stündiger Sitzung auf Samstag 11 Uhr vormittags.

London, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Auf der Friedenskonferenz bestanden die türkischen Delegierten nicht auf der Verpropanation von Adrianopel. Romakowitsch legte die Friedensbedingungen vor, die Türken verlangten Frist zur Durchberatung der Bedingungen.

f. Köln, 23. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Dem Londoner Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ zufolge zeigen die verbündeten Balkanstaaten über den langsamen Fortschritt der Friedenskonferenz große Bestimmung; besonders die Bulgaren äußern sich sehr ungehalten und erklären, sie würden lieber zwei Kriege führen, als Adrianopel fahren lassen. Londoner diplomatische Kreise glauben, daß die Türken von dem Scheitern der Friedenskonferenz erhoffen, daß die Großmächte eine Vermittlung übernehmen, wodurch die Forderungen der Verbündeten weiter herabgesetzt würden.

(Siehe auch 6. Seite.)

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 14 Seiten.

100 000 Gulden als „Aussteuer und Dotalabfindung“. Auch die Königin, Gemahlin des regierenden Königs und die Kronprinzessin hätten gesetzliche Ansprüche gegen die Staatskasse. Bei Entbindungen erhält aus Staatsmitteln die Königin 2000, die Kronprinzessin 1000 Dufaten, wozu nach je 50 Dufaten für die „Kammer“ oder den „Dienst“ kommen. Die Königin-Witwe hat schließlich gegen die Staatskasse Anspruch auf ein Wittum, das aus einer „anständigen eingerichteten Residenz“, einer jährlichen Geldrente bis 120 000 Gulden und aus „benötigter Fourage und Holz“ besteht. Die Höhe der Geldrente wird vom König festgesetzt, eine Herabminderung könnte nur mit Zustimmung der Königin stattfinden.

Erwähnenswert wäre vielleicht noch die Tatsache, daß falls Prinzregent Ludwig König würde, Bayern nicht nur wieder einen Kronprinzen bekäme, was sich seit 1864, dem Tode des Königs Max und dem Regierungsantritt Ludwigs II., nicht mehr ereignete, sondern daß es — was in Bayern überhaupt noch nicht der Fall war — einen „Erbsprinzen von Bayern“ erhalten würde, ein Titel, der nach einer königlichen Verordnung vom 15. November 1845 jeweils dem ältesten Sohne des Kronprinzen zukommt.

Verstärkung der elsass-lothringischen Grenztruppen im Reichsstat.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Schon das Budget der Heeresverwaltung für 1912 enthielt eine Reihe von Krediten zur Errichtung militärischer Neubauten in Elsass-Lothringen. Nach der Annahme der Wehrvorlagen wurden im Nachtragsetat weitere 3 219 200 M an Ergänzungskrediten für Elsass-Lothringen bewilligt. Auch im Reichshaushalts-etat für 1913 nimmt die Militärverwaltung in Elsass-Lothringen, wo bekanntlich ein Fünftel der ganzen deutschen Truppen liegen, einen bedeutenden Posten ein.

Infolge der Heeresverfärbung macht der Mehrbedarf an Verpflegungsmitteln den Neubau einer Reihe von Magazinen notwendig. Es sind daher Bauarbeiten für neue Magazine, Raufutterkellern usw. in Colmar, Mühlhausen, Neubreisach und Driedorf bewilligt worden. Für Festungsbauten werden insgesamt 1 847 617 M benötigt, nämlich 747 617 M als zweite Rate für Ersatzmaßnahmen verschied. Art, die infolge der Umgestaltung des dortigen Bahnhofs notwendig wurden. Selbstverständlich erfordert auch das Militär-Medizinwesen (Kasernenbauten in Colmar, Weh x.) eine Reihe von einmaligen größeren Ausgaben. Einen Hauptposten nehmen im Etat die Raten für die Unterfützung der zahlreichen neu geschaffenen *M a s c h i n e g e w e h r k o m p a n i e n* ein. Je eine hagenau, Saarburg, Zabern und Mörchingen, je zwei in Colmar, Saarburg, Zabern und Mörchingen je zwei in Straßburg und Weh. Die beiden letzteren Städte erhalten außerdem zwei neue Scheinwerferzüge. Die Hauptstadt des Oberelsaß erhält eine bedeutende Garnisonverfärbung. Neben der genannten Maschinen-gewehrkompanie sind bewilligt worden 642 000 M als Schlussrate für Um- und Ergänzungsbauten für die Ersatzverfärbung eines Regiments Infanterie, eine 9. Rate für den Neubau einer Kaserne nebst Zubehör für ein Regiment Kavallerie sowie für die Erweiterung der Garnisons-Arrestanstalt und des Garnisons-Energieplatzes (Boranschlag 2 824 100 M) und eine fünfte Rate von 390 000 M für die Unterfützung einer fahrenden Abteilung Feldartillerie nebst Regimentsstab sowie eine Offizierspessantalt.

Für die kleine Rheinische *R e u b r e i s a c h* wird mit 22 000 M die letzte Rate für die Kaserne der beiden dorthin verlegten Bataillone Infanterie verlangt. An weiteren Infanterieverfärbungen kommen nach Wisch ein Bataillon, nach Straßburg eine Kompanie und nach Weh ein Bataillon. Durch die Ersatzverfärbungen von Feldartillerie-Abteilungen sind Ergänzungsbauten notwendig geworden in Bischweiler, Saarburg, St. Arbold und in Weh-Montigny. Weh selbst erhält außerdem eine neue fahrende Abteilung Feldartillerie, sowie zwei Batterien Fußartillerie mit einer Bespannungsabteilung. Nach Weh-Moullins wird ein ganzes Regiment Fußartillerie mit einer Bespannungsabteilung gelegt. Ebenso erhält Driedorf eine namhafte Verstärkung an Fußartillerie.

Aus der Lichtstadt.

(Berliner Brief.)

Unsere Lichtstadt. — Weihnachtsbeleuchtung. — Lichterkette. — Jagows Licht- und Schattenspieler. — Schuß oder Schußmann? — Der Fußgänger lebe!

Unter den Zaubermitteln der Weltstadt der stärksten eines, wenn nicht das stärkste, ist doch das Licht. In diesen Tagen des höchstgeheiligsten Wettbewerbs um die Gunst der Einwohnerlichkeit läßt die Geschäftswelt ihr Licht so vielfach und so hell erstrahlen, daß es für das Großberlin von heute nur noch einen rechten Namen gibt (den sich früher einmal die französische Hauptstadt verdient hat): Lichtstadt!

Die wunderbaren Möglichkeiten, die der elektrische Strom gab, sind in der Beleuchtung der Reichshauptstadt jetzt so erstaunlich verwertet, daß wir gegenwärtigen glauben müssen, darüber hinaus gehe es nicht mehr, während die Leute aus Baters und Großpaters Zeit dies neuberlinische Lichtmeer sicher für augenzerstörend und lebensgefährlich gehalten hätten, wenn man ihnen überhaupt eine annähernde Ahnung davon hätte geben können. Und dabei ist es noch nicht einmal ausgeschlossen, daß die kommenden Jahrzehnte noch blendendere Mengen Helle hervorzaubern . . .

Es gilt nicht gerade für sein, selbst für Herren, auf dem Verdeck der Kraftomnibusse zu fahren. Aber das ist ein sehr dummes Anstandsverbot. Ein Verbot aus Gründen der Gesundheitspflege wäre, solange das berlinische nahkalte Winterwetter herrscht, eher angebracht. Doch auf dem Autobus in diesen Tagen abends durch die Hauptverkehrsstraßen zu laufen, das ist ein Vergnügen, dem Baudeker ruhig seinen Stein verleihen dürfte. Wer draußen in einem der beiden Menschenströme hinstreift, die ununterbrochen und vielverzweigt durch die ganze innere Stadt hindurch hüben und drüber einander entgegenstreben, der kann nichts vom Gange dieses Schauspiels wahrnehmen. Von der Bedeckerperspektive aus aber schaut man wie ein Türmer und ein (gemäßigter) Flieger zugleich die Ferne und die Nähe und sieht eitel Licht: das milchige der hohen Wogenlampen, das Gold zahlloser Glühbirnen, das zwischen das grelle Weißgelb von Gas und Acetylen aus Löden und von Straß-

Auch in Frankreich verstärkt man übrigens die Truppenmacht an der Ostgrenze. So hat Conflans, das nur wenige Kilometer von Metz entfernt liegt, eine Garnison erhalten, und Nancy ist nach Loul, Verdun, Epinal und Belfort zur 5. Militärfliegerstation bestimmt worden. Auch die Garnison von Gérardmer soll demnächst verstärkt werden.

Italienische Politik.

(Von unserem Korrespondenten.)

Die große Dreibundrede des verantwortlichen Leiters der auswärtigen italienischen Politik di San Giuliano hat in der fremden Presse, besonders auch in der deutschen, sehr viel mehr uneingeschränktes Lob erhalten, als daheim. Und dabei wird man ebenförmig die erklärten Dreibundgegner, z. B. „Secola“ und „Messagero“, wie die ausgesprochenen Regierungskommentatoren, „Tribuna“, „Popolo Romano“, zum Vergleiche heranziehen. Aber gerade die solide politische Selbständigkeit, die der „Corriere della Sera“ vertritt, ist mit der Geschäftsführung der Regierung durchaus nicht unbedingt zufrieden. Auch er erkennt klipp und klar an, daß der Dreibund, „solange die heutige europäische Lage fortbesteht“, den bestmöglichen Friedensfaktor darstellt. Ueber den positiven Wert des Bündnisses für Italien und besonders über die letzte vorzeitige demonstrative Erneuerung denkt das große Mailänder Organ, heute eher mehr denn weniger skeptisch als vor sechs Jahren, da, gleichfalls Mitte Dezember der damalige Minister des Auswärtigen Tittoni in einer großen Programmrede erklärte: „Der Dreibund wird nach wie vor die Basis unserer Politik bleiben“. Damals wie heute, nur heute in weit kritischerer Zeit, bedeutet die italienische Erklärung eine Stärkung der Hoffnung, daß Europa der gerade in unserer Periode des materiellen und sozialen Fortschritts so unendlich wertvolle Friede erhalten bleiben werde. Aber es ist wohl nicht uninteressant, daß heute die deutsche öffentliche Meinung sich verhältnismäßig dankbarer für die Friedenssicht zeigt als die italienische. Dabei ist die Tonart der gesamten italienischen Presse in der letzten Zeit auch gegen Oesterreich viel unrunder geworden, und der „Corriere“ überschreibt heute seine Artikel auch nicht mehr: „Warum der Dreibund noch nötig ist“. Aber die ruhigere Tonart verrät überall das gesteigerte Selbstgefühl und Zielbewußtsein. „Wir haben seinerzeit gleich unsere Zweifel über die Opportunität einer Erneuerung des Dreibundes, jetzt achtzehn Monate vor seinem Ablauf, ausgedrückt; und diese Zweifel sind durch die Kammerdiskussion nicht zerstreut worden.“ Hätte man ruhig abgewartet, würde Oesterreich vielleicht „piu docile“ sein, sowohl in seiner Haltung den Serben gegenüber als in seiner Verfolgung des Italienerums innerhalb seiner Grenzen. Wie übergroß und dabei ungerecht aber auch die italienische Empfindlichkeit ist, zeigt der wichtig vorgebrachte Vorwurf des Abgeordneten Barzilai, di San Giuliano habe die italienische diplomatische Ueberlegenheit, d. i. den Machiauellismus, in Potsdam, wo noch immer der Geist Friedrich des Großen wache, des Verfassers des Antimachiauell, verloren. Herr Barzilai war sich dabei wohl kaum bewußt, eine wie seine Anerkennung er, in deutschen Augen, der deutschen Diplomatie damit darbrachte. Im übrigen kann man heute sein Vertrauen auf die Aufrichtigkeit der italienischen Dreibundspolitik nicht nur auf die Programmrede des Fachministers stützen — sie hat genau denselben Tenor wie jene von vor sechs Jahren *) —, sondern auch auf die Tatsache, daß, um mit dem boshafsten Barzilai zu reden, Giolitti in seinem Palazzo Braschi eine bedeutungsvolle Filiale des italienischen Auswärtigen Amtes eingerichtet hat. Giolitti aber

*) Wir haben deshalb auch nur kurz von ihr Notiz genommen und es uns verlag, sie des langen und breiten zu erörtern. Red.

will in erster Linie eine ungehörte günstige Weiterentwicklung der wirtschaftlichen wie staatlichen Kräfte des Landes, die nach seiner Meinung die Zukunftsfähigkeit besser sichern als ein vorübergehender, mit Kosten verbundener politischer Erfolg. Und weil Giolitti dem italienischen Selbstbewußtsein nicht nur die berechnende Ruhe beigelegt, sondern auch der unbedingte Vertrauensmann von Krone und Parlament ist, bedeutet die italienische Politik heute mehr als vor sechs Jahren eine Stärkung der europäischen Friedenshoffnungen. Dr. G. H.

Deutsches Reich.

Deutsche Volksversicherung, A.-G.

Die Vertreter derjenigen Versicherungs-Gesellschaften, welche die Gründung eines gemeinsamen Volksversicherungs-Unternehmens beschlossen haben, traten zur Beratung der inzwischen ausgearbeiteten Vorlagen (Satzung usw.) zusammen. Hierbei wurde über alle wesentlichen Punkte volles Einverständnis erzielt. Die Firma des neuen Unternehmens lautet: „Deutsche Volksversicherung, A.-G.“ Die Zahl der teilnehmenden Gesellschaften ist auf über 30 festgelegt; weitere Beitritte sind zu erwarten. Bereits haben auch mehrere Verbände, u. a. solche, welche selbst die Volksversicherung betreiben oder aufnehmen beabsichtigen, sich grundsätzlich zum Zusammenschluß mit der Deutschen Volksversicherung, A.-G., bereit erklärt. Diese Nachricht wurde mit um so lebhafterer Befriedigung aufgenommen, als die Verankerung der Zusammenfassung und Mitarbeit aller an dieser Bewegung interessierten Kreise, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer Rechtsform und Organisation, als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Unternehmens bezeichnet hatte. Der Antrag auf Zulassung zum Geschäftsbetriebe wird dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung, das sich mit den Grundzügen des Geschäftsplanes des neuen Unternehmens bereits beschäftigt und im allgemeinen einverstanden erklärt hat, alsbald unterbreitet werden.

Neue tierärztliche Prüfungsordnung.

Ueber die neue Prüfungsordnung für Tierärzte, die in der Plenarsitzung des Bundesrats am Samstag zur Annahme gelangt ist und die im Sommer des nächsten Jahres zum ersten Male in Geltung treten wird, erfahren wir folgende Einzelheiten: In erster Linie ist eine andere Regelung der Prüfungen eingeführt, und zwar in der Art, wie die tierärztliche Prüfungsordnung gestaltet ist. An die Stelle des Vorexamens vor dem eigentlichen Staatsexamen werden in Zukunft zwei Vorprüfungen treten. Ferner ist mit Rücksicht auf die erheblich höheren wissenschaftlichen Anforderungen, die heute an den Tierarzt gestellt werden, die Studiendauer um ein Semester verlängert worden. Die neue Prüfungsordnung erfüllt auch den Wunsch der Tierärzte auf Anrechnung des halben Dienstjahres mit der Waffe auf das Universitätsstudium. Gerade dieser Neuerung haben sich erhebliche Schwierigkeiten entgegengestellt, die die endgültige Fertigstellung des Entwurfes nahezu zwei Jahre verzögerten. Die Heeresverwaltung hatte für diese Anrechnung die Bedingung gestellt, daß die Tierärzte ihrer Dienstpflicht bei einer berittenen Waffe genügen. Dieser Forderung standen aber die Interessen der Universität Gießen entgegen — an der sich bekanntlich eine tierärztliche Abteilung befindet —, weil Gießen keinen berittenen Truppenteil in Garnison hat. Der Ausweg aus dieser Schwierigkeit ist durch Entgegenkommen des Kriegsministeriums dadurch gefunden, daß den in Gießen studierenden Tierärzten gestattet ist, ihr Jahr bei der Infanterie abzudienen. Die neue Prüfungsordnung soll mit dem Sommersemester des nächsten Jahres in Geltung treten.

Ein Zwischenfall im reichsländischen Parlament.

Aus Straßburg wird berichtet: In der Budgetkommission der Zweiten Kammer hat sich ein Zwischenfall abgespielt, dem eine gewisse Bedeutung nicht abgesprochen werden kann. In der Besprechung der Gehaltsfragen der Geistlichen, bei der

Staatssekretär Jörn v. Bulach den Standpunkt der Regierung vertrat, rief ihm Abg. Dr. Brohm (Ztr.) ohne weitere Veranlassung die Worte entgegen: „Protestantisches Kaiserium!“ Der Staatssekretär wies den Ausdruck energig zurück und betonte, daß es den Katholiken unter dem evangelischen Kaiser in Deutschland besser gehe wie in manchen rein katholischen Ländern.

Ein Deutsches Zeitungsarchiv. Die seit längerer Zeit beachtliche Gründung des Deutschen Zeitungsarchivs in der Form eines gemeinnützigen Vereins wurde in Berlin durch die Konstituierung des Organisationsausschusses in die Wege geleitet. In der Versammlung im Reichstagsgebäude waren neben Berlegern und Redakteuren zahlreicher Tageszeitungen der verschiedensten Richtungen Vertreter der Großbanken, der Großindustrie usw. anwesend.

Das Deutsche Zeitungsarchiv will eine Zentralfstelle schaffen, die die Fülle des in der Tagespresse enthaltenen Materials, soweit seine Bedeutung über das Tagesinteresse hinausgeht, den Interessentkreisen nutzbar machen soll.

Die Verammlung beschloß, die tägliche Ausgabe des Zeitungsarchivs vom 2. Januar 1913 ab erscheinen zu lassen, und zwar zunächst mit der Beschränkung auf die Gebiete der Wirtschaftsfragen, sozialen Fragen und Politik. Diese Gebiete sind in 16 Unterabteilungen eingeteilt, die einzeln bezogen werden können, und zwar auf Wunsch auch in einer nur einseitig bedruckten Ausgabe. Die letztere dient für Archiv- und Nachdruckzwecke. Ihr Abonnementpreis ist doppelt so hoch als der der gewöhnlichen Ausgabe, deren Jahrespreis zwischen 24 und 36 M schwankt.

Badische Politik.

Die Vereinfachung der Eisenbahnverwaltung.

In der „Karlsruher Zitg.“ Nr. 352 wird unter Bezugnahme auf die dem letzten Landtag vorgelegte Denkschrift des Finanzministeriums über die Vereinfachung der Staatsverwaltung mitgeteilt, daß auf der Grundlage, die in der Denkschrift erläutert ist, die zur Durchführung der geplanten Veränderungen erforderlichen umfangreichen Vorbereitungen beendigt worden sind und nunmehr mit der Durchführung der Neuordnung des Dienstes der Staatseisenbahnverwaltung am 1. Januar 1913 begonnen werden soll. Die wichtigsten Maßnahmen organisatorischer Art werden in der „Karlsruher Zitg.“ erläutert; sie betreffen die Beziehungen der Eisenbahnverwaltung zum Ministerium, Entlastung der Generaldirektion und Verringerung der Referenten, Entlastung der Betriebsinspektionen der technischen Bezirksstellen u. a. m.

Konservative und Zentrum.

Bekanntlich gehen die Konservativen in Baden mit dem Zentrum. Um so bemerkenswerter ist, daß gegenüber den Presseäußerungen und der Agitation im Lande die konservative „Bad. Warte“ die Mahnung des Abg. Fehrenbach (Ztr.) in Freiburg zur Mäßigung wiedergibt und dazu bemerkt: „Ueber diese Worte, die auf Selbstproben abkühlend wirken müssen, wird man sich nur freuen können. Wir werden dem Zentrum das Einreten für die Jesuiten nicht, das ist sein gutes Recht; die Agitation sollte aber gewisse Grenzen nicht überschreiten. Hoffentlich wird das nunmehr anders.“

Aus Baden.

Sofbericht.

Karlsruhe, 23. Dez. Gestern Sonntag vormittag wohnten F. R. Hohelien der Großherzog und die Großherzogin mit F. R. H. der Großherzogin Luise dem Gottesdienst in der Schloßkirche an. Um 12.15 Uhr erteilte S. R. H. der Großherzog dem Professor Kloje an der königlichen Akademie der Tonkunst in München Audienz.

wendigen Verordnungen gegen den Lärm. Indessen doch, trotz allem nützlichen Willen und Vollbringen, trotz dem aphoristischen Reiz des Jagowschen Uhas-Silis muß es gesagt werden: er regiert ein bisschen zu viel an Berlin herum; und in der neuen Straßenordnung verdient die Bemutterung der Fußgänger mit obligater Strafanforderung eine totale Entgeltung.

Sehr fürsorglich wird da dem Individuum, das sich auf Schusters Rappen ins Schlagschüssel des Berliner Straßenlebens magt, erklärt, wie es am besten („rechthänglich“) den Fahrdrumm überkreuzt, um mit dem Leben davonzukommen. Leider nur läßt Jagows Eifer sich voran noch lange nicht genügen. Wer nicht den erneuten oder neuen Verordnungen über Stillstehen und Nichtgehen Folge leistet, soll dem Schußmann verfallen sein. Auf den allgemeinen Einspruch der Presse hin, wurde das allerdings ein bisschen milder ausgedeutet, ungefahr in dem Sinn, daß der Schußmann nur bei bewusster Widersehlichkeit „aufschreiben“ solle, aber dem individuellen Ermessen der nachgeordneten Polizeigorgane bleibt dabei doch noch ein unheimlicher Spielraum. Und wenn jüngst ein Prozeß-Gefängnisdirektor ausgerechnet hat, daß in Deutschland jeder zwölfte Mensch und sogar jeder sechste Mann gerichtlich bestraft ist, so kann er, falls das neue Jagowgesetz wirklich streng (strenger als etwa der Bundesgesetz-Erlass) durchgesetzt wird, in Rade wohl feststellen, daß mindestens jeder zweite Fußgänger bestraft oder doch aufgeschrieben worden ist. Und das in einer Zeit, wo die hohe Obrigkeit den Fußgänger kniefällig um Vergebung anflehen sollte, da sie noch immer nichts zu seinem Schutz gegen rasende Kraftwagen getan hat!

Der Polizeipräsident von Schöneberg hat neuerdings einen originellen Mittelmweg einzuschlagen versucht: im Schönebergischen soll jeder zumüberhandelnde Fußgänger dem Schußmann aufs Neue folgen, dort ein „Merksblatt“ erhalten, in eine Liste eingetragen werden und nicht hochmütiglich bestraft werden, solange er nicht — trotz Merksblatt — rückfällig wird. Ein herrlicher Ausweg. Zum Beweis ihrer Erkenntlichkeit wollen die Fußgänger jetzt den Herren Polizeipräsidenten ein Merksblatt widmen, auf dem genau zusammengefaßt wird, was dortheits noch alles zu geschehen hätte, damit der Fußgänger vor der beländigen Lebensgefahr bei jeder Straßenüberbreitung geschützt werde.

Der Endunterzeichnete hat vor ein paar Monaten in einer Familienzeitschrift u. a. für Unterfützung oder Ueberbrückung aller Großstadtkreuzpunkte plädiert. Zu seiner Ueberzeugung (denn er ist ganz und gar nicht Techniker) hat sich eine angesehene technische Zeitschrift für diese liebhaberiichen Vorschläge lebhaft interessiert. Also Polizei und Technik haben noch immer nicht die Selbstverständlichkeit dieser Forderungen erfaßt. Und die Stadtverwaltungen warten infolge dessen immer weiter, ehe für den kommunalen Fußgänger Tunneln und Brücken gebaut werden. Es müssen noch viele Opfer an Nervenkraft, Gesundheit, Gliedmaßen, Menschenleben gebracht werden . . . Menschenopfer unerhört. Wir wollen jedenfalls nicht erliegen, nach Maßgabe unserer schwachen Unterthanenkräfte auf Abkürzung dieser Frist hinarbeiten . . .

Die bemerkenswerteste Begebenheit im Leben der Lichtstadt Berlin kurz vor dem Fest ist der Kinokongreß, also auch eine Sache des Lichts; man könnte sogar sagen, in mehr als einem Sinn. Die Vielfältigkeit der Einzelfragen, die er umfaßt, erheischt eine eigene Behandlung des Kino-Themas. Nur soviel für diesmal: Klärung der Meinungen beginnt erst; aber Hebung des Kinos ist auf dem Wege! K. H.

Kleines Feuilleton.

Der Erreger der Kinderlähmung entdeckt.

Aus dem Rockefeller-Institute in Newyork kommt die Nachricht, daß die Lösung eines schwierigen Problems fast reiflos gelüftet ist: Professor Simon Flexner, der Leiter dieses größten medizinischen Forschungsinstituts der neuen Welt, hat seine Studien über die Kinderlähmung (Poliomyelitis) zu einem vorläufigen Abschluß gebracht und hat deren wichtigste Ergebnisse jüngst in einem Vortrag mitgeteilt. Es ist ihm gelungen, den Erreger der Krankheit nachzuweisen, ferner hat er die Eingangsporte für die Krankheit und die Art ihrer Uebertragung gefunden, und schließlich ist er auf dem besten Wege zu Hilfsmitteln. Prof. Flexner hat seine Untersuchungen an klinischem Material und außerdem mit Hilfe von Tierversuchen durchgeführt. Das Suchen nach dem Erreger der Kinderlähmung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Krankheit eine echte Infektionskrankheit

Heute vormittag empfing S. R. Hohelt den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb und den Staatsminister Dr. Frhrn. v. Dulsch zur Vortragserstattung. Gegen Abend folgte der Vortrag des Geheimerrats Dr. Frhrn. v. Babo.

Amfliche Mitteilungen.

Aus dem Staatsanzeiger. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat den Universitätsgärtner Erich Behnd in Heidelberg als Obergärtner etamäßig angestellt.

Ferner wird eine Bekanntmachung veröffentlicht, die Pensionsanstalt des Großh. Hoftheaters in Karlsruhe betreffend.

Die zweite juristische Prüfung im Spätjahr 1912 war. Die Anordnung der Miltärdienstzeit auf das Dienstalter der Gerichtsreferendare.

Söllingen (N. Rorheim), 23. Dez. Zu dem neuen Automobilunglück wird noch gemeldet: Arndt Emil Ringer fuhr mit drei Personen, seinem Vater, sowie zwei Damen, nach Karlsruhe. Etwa 50 Meter vor Söllingen stieg der Weg an und macht eine Kurve. Dort, bei der Milla Rastlager, spielte, wie gewöhnlich an Sonntagen, eine Schar Dorfkiner im Freien. Das sich rasch nähernde Automobil, von dem die Kinder keine Humpensignale gehört haben wollen, fuhr nun in die Kinderfahr hinein und überfuhr 3 der Kleinen, drei Mädchen, schwer. Am ersten Augenblick schien es, als seien alle drei tot. Eines der unglücklichsten Kleinen, das jährliche Töchterchen des Steinbruchbesizers Mag. Ritzschkau, war tot, sein 4 Jahre altes Schwesterchen war schwer verletzt; unter anderem war ihm ein Fuß gebrochen. Schwer verletzt war auch das jährliche Mädchen des Steinrichters Wolf Weigel. Der Schwere war natürlich auf allen Seiten furchtbar. Man brachte die Kinder rasch in die Wohnungen ihrer Eltern und schon nach wenigen Minuten waren zwei isekphonisch gesehene Verletzte von Königsbach und Durack zur Stelle, mit dem Königsbacher Arzt kam zugleich der Gendarm. Bald traf auch das Amtsgericht von Durack ein und nahm die Erhebungen über das Unglück vor, die bis abends 8 Uhr dauerten. Das Automobil, wie die Insassen, die sich über das Unglück tief bewegt zeigten, hatten selbstredend bis zur Beendigung der Formalitäten den Ort nicht verlassen dürfen. Herr Ringer gibt an, daß er wegen der Kurve und Steigung die Kinder links ausweichen wollte. Als aber auch die Kinder nach der linken Seite liefen, hielt er sich rechts und erfasste dabei die drei Kleinen, die insgesam auch wieder nach der rechten Seite gelaufen waren. Zufällig fand man später die Radspur des Autos auch noch auf dem Gehweg.

Karlsruhe, 23. Dez. Das Tagesgespräch weitester Kreise unserer Einwohnerschaft bildet eine Sitzung des Bezirksrates und dessen beabsichtigte Auslegung der Wahlfrage bei den Kongresswahlen zweier hiesiger wohlhabender Weinhändler. Der eine, der in der Nähe des Bahnhofs, in unmittelbarer Nähe der 11er Kaserne, in einem meist von Offizieren und Beamten bewohnten Stadtteil ein großes Haus besitzt und u. a. auch von der Militärbehörde mit der Verpflegung der durchziehenden Truppe teils für den Lebens-, Manöver- und Kriegsspiel betraut ist, sucht um Verleihung der Kongression für eine bessere Wein- und Frühstücksstube nach. Dieses Geschäft für das erste und einzige Unternehmen dieser Art am Platze wird wegen Mangel an Bedürfnis abgelehnt. Ein zweiter Weinhändler, Hausbesitzer im Mittelpunkte der Stadt, mit offenem Lebensgeschäft, in dessen unmittelbarer Nähe sich das seit Monaten wegen Mangel an Bekäher geschlossene Wiener Café befindet und in dessen alternativer Nähe zahlreiche Restaurationen liegen, in denen Kaffee erhältlich, aber sehr, mit denen Cafés verbunden sind, die aber nur wenig benutzt werden, erucht um Kongressionierung eines als hohle Kasse, die gewährt wird. Ohne auf den Widerspruch, der schon in der Verleihung der „alkoholfreien“ Kongression an einen „Weinhändler“ liegt, näher einzugehen, erscheinen diese beiden neuesten Beschlüsse des Bezirksrates doch für eine aufstrebende Stadt wie Karlsruh nicht am Platze. Allein schon der Umstand,

daß der erstgenannte Weinhändler an der Automobilverkehrstraße Baden-Baden-Karlsruhe wohnt, die bekanntlich außerordentlich stark benützt wird, läßt auf ein gutes Geschäft für eine Wein- und Frühstücksstube schließen, zumal Raum und Gelegenheit zur Unterstellung von Fahrzeugen in reichlichem Maße zur Verfügung steht. Die Karlsruher Bürgererschaft beurteilt die Bedürfnisfrage von dieser Seite und mit Recht, wie schon die Tatsache unseres neuerdings geschaffenen Stadt-Automobilverkehrs beweist. Bisher dienten nämlich an Stelle der sonst üblichen neuzustellenden elektrischen Straßenbahn zur Vermittlung des Verkehrs zwischen Bahnhof und Stadt zwei Hotelwagen, die aber nicht die nötige Würdigung des reisenden Publikums fanden. Kurz entschlossen verkaufte daher der Karlsruher des einen dieser Hotelwagen seinen Gaul und ersetzte ihn mit einem modernen Kraftfahrzeug auf der Bildfläche. Und siehe da, der Erfolg war überraschend. Die Anzahl der Fahrten mußte nicht nur vervielfacht werden, sondern es kamen auch noch viele Extrafahrten innerhalb der Stadt dazu. Ein Bedürfnis hatte aber auch vorher niemand vorausgesehen. Die Bürgererschaft ist deshalb der Meinung, daß unternehmen der gleichen Art, die bei der Errichtung neuzustellender Unternehmungen keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden sollten, denn das Geld, das sie in solche hineinstecken, kommt doch aus ihrer Tasche und das Mißho tragen doch sie allein, und nicht die kongressionierende Behörde. Aus den Kreisen der Einwohnerschaft der Vorstadt Rheinau wird geklagt über die mangelhafte Beleuchtung des von Rheinau zur Stadt, besonders aber von der Stadt zum Bahnhof führenden Weges hinter dem Friedhof. Auf diesem Wege befinden sich insgesamt 2 Petroleumlaternen an der Kaserne. Von dort aus ist der Vorstadtweg bis zum Friedhof, der auch von Kaskattern des Rheintorbezirks lebhaft benutzt wird, ohne jede Beleuchtung. Die einzige Gaslaterne am Krankenhaus kommt in diesem Fall nicht in Betracht.

Karlsruhe, 23. Dez. Der Veteranenverein wird im Juli 1913 das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens feiern.

Aus dem Stadtfreise.

Im Neujahrsbesuchverkehr ist es von ganz besonderer Wichtigkeit, daß auf Adressen die Wohnung des Empfängers nach Straße und Hausnummer deutlich angegeben wird. Dies gilt auch für Stadtbriefe. Um die Bestellung nach Berlin gerichteter Briefe zu erleichtern und zu beschleunigen, empfiehlt es sich, in der Briefaufschrift neben genauer Angabe der Wohnung nach Straße, Nummer, Stadtteil und Postbezirk (C., W., NW. usw.), und wenn tunlich auch die Nummer der Postleitzahl deutlich und zutreffend anzugeben, z. B. C. 22, W. 9, NW. 52.

Prinzessin Agnes v. Salm-Salm, über deren Tod und Tod wir berichtet, wurde gestern im Krematorium eingeschifft. Die Feier fand im engsten Freundeskreise statt. Ein Freund der Toten, Herr Stöckle, hielt die Trauerrede. Ein weiterer Freund, Kammerjäger Büttner, sang ein Lied. Die schlichte Feier war ganz dem Wesen der Dahingegangenen entsprechend.

Angestellten-Versicherung. Ueber die Errichtung der Beiträge zur Angestellten-Versicherung unterrichtet eine Bekanntmachung im Amtsverfändiger des „Tagblattes“.

Das Mauerwerk des früheren Karlsruher Festungsbauwerks ist auf weiteres einzustellen. (S. B. Bekanntmachung.)

Der Fröhliche Kindergarten, Wilhelmstraße 39, hielt am Sonntag seine diesjährige, mit einer Ausstellung verbundene Weihnachtsfeier in der Turnhalle der Schützenstraße ab. Die äußerst sorgfältig ausgeführten Arbeiten der jungen Mädchen, welche im genannten Kindergarten zu Kindergärtnerinnen ausgebildet werden, wie auch die Weihnachtsarbeiten und die zierlichen Fiedel-, Näh- und Auswendblättern der Kleinen überrannten durch die Mannfaltigkeit der Mutter und die hübschen Farbenanstellungen. Ganz besonders aber wurde

das Interesse der in großer Zahl erschienenen Freunde des Kindergartens erregt und gefesselt durch die Darbietungen der Kinder. Wie strahlten die Augen der Großen, als die Kleinen mit ihren hellen Stimmchen unterm brennenden Christbaum die lieben alten Weihnachtslieder und Gedichte vortrugen. Wie reizend waren die einfachen und doch so lebendigen Reigen- und Stabübungen der älteren unter den Kindern. Und dann der Höhepunkt der Darbietungen, das Weihnachtsfestspiel „Der Mutter Weihnachtsbaum“. Frohe Erinnerungen an die Jugendzeit riefen die vertrauten Gestalten wach, zu denen die Kleinen leuchtenden Auges schauten und deren Worten sie aufmerksam lauschten. Christkindlein und Nikolaus, Englein und Zwerge erschienen dem Mütterlein und seinen zwei Töchterchen im Träume und vereinigten sich schließlich zu einem entzückenden lebenden Bilde unterm Christbaum. Würdig war die Feier eröffnet worden mit einem von den Schülern mit warmer Empfindung gesungenen Weihnachtsliede und Stimmungsvoll schloß sie eine Weihnachtsfeier von Stadtpfarrer Hessebacher. Fräulein Wid, die als Vorsteherin des Kindergartens mit ihren Helferinnen so Schönes geboten, hat durch diese Veranstaltung der Fröhliche sicher wieder zahlreiche neue Freunde gewonnen.

Unfall. Beim Umwenden kürzte gestern in der Durlacherstraße ein Koffelwagen un und fiel auf den Gehweg. Zum Glück wurde niemand verletzt. Auch die Pferde kamen ohne Verletzungen davon, obwohl sie sich in einer gefährlichen Lage befanden.

Veranstaltungen, Vereine und Vorführungen.

Festliche. Es sei nochmals auf die am Freitag im kleinen Festhallsaal stattfindenden Weihnachtsaufführungen der „Königsfinder“ aufmerksam gemacht. Diese werden den Zuschauern sicher wieder schöne genussreiche Stunden bereiten. Wäge daher Groß und Klein die Gelegenheit benützen und diese letzten Aufführungen des prächtigen Schauspiel „Die Königsfinder“ recht zahlreich besuchen.

v. Der Karlsruher Männerturnverein verendet soeben sein Jahresprogramm. Wir ersehen daraus, daß sich der Verein bemüht, seinen Getreuen nicht allein turnerische Arbeit zu bewähigen zu geben, sondern auch gesellschaftliche Unterhaltungen aller Art in reicher Abwechslung zu bieten. Vorträge über Reisen in ferne Lande mit fröhlicher Turnerkneipe verbunden, rasch aufeinanderfolgende Weihnachtsfeier und Koffelweil, bald darauf ein Volksliederabend, damit auch Dicht- und Sangeskunst zur Geltung kommen, Schauturnen und Wanderungen sind in kurzen Zügen die auserwählten Programmnummern. Aber nicht allein dieses Programm erhalten die Mitglieder, sondern auch noch eine dringende Mahnung in bezüglichen Worten. Sie werden ersucht, nicht nur die Veranstaltungen durch Teilnahme zu beleben und zu verschönern, sondern auch aufzufordern, sich zahlreich an den vom Verein betriebenen Leibesübungen, am Turnen, Fechten, Spielen und Wandern, zu beteiligen und hauptsächlich auch für die gute Sache durch Werbung neuer Mitglieder tätig zu sein. Hierzu dient ein Anmeldebogen, auf dessen Rückseite sich ein „Appell an alle“ befindet, in dem auf den Wert der edlen Turnsache werdend hingewiesen wird.

Standesbuch-Auszüge.

Geburten. 20. Dezember: Franz, Vater Alfons Witz, Fuhrmann; Anna Luise, Vater Georg Kägel, Stadtdiöner.

Todesfälle. 21. Dezember: Karla, alt 1 Jahr 3 Monate 1 Tag, Vater Georg Kloos, Fabrikarbeiter; Johanna, alt 1 Monat 4 Tage, Vater Leopold Dürr, Verpflegungsbeamter; Franziska Ludwig, alt 43 Jahre, Ehefrau des Tagelöhners Albert Ludwig.

22. Dezember: Wilhelm, alt 6 Monate 21 Tage, Vater Vinus Wilhelm, Infalltaur; Anna, alt 1 Jahr 6 Monate 23 Tage, Vater Karl Fig. Schlosser.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Dienstag, 24. Dezember: 2 Uhr: Franziska Ludwig, Tagelöhners-Ehefrau, Durlacherstraße 65.

Sozialpolitische Rundschau.

Mahnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die „Karlsruher Zeitung“ gibt bekannt: Die alljährlich hat auch in diesem Jahre das Ministerium des Innern mit dem Eintritt in die kaltere Jahreszeit eingehende Erhebungen über den Stand des Arbeitsmarktes, eine etwa während des Winters drohende Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit vorbeugender Mahnahmen hiergegen durch Schaffung außerordentlicher Arbeitsgelegenheit veranstaltet. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Verhältnisse im großen und ganzen befriedigende sind. Erfreulicherweise ist Arbeitslosigkeit in irgendwie bedeutendem Umfange zurzeit nicht vorhanden und auch im Winter nicht zu erwarten, vorausgesetzt, daß keine unerwarteten Ereignisse eintreten. Da und dort wird sogar in der Industrie über Arbeitermangel geklagt, namentlich über den Mangel von weiblichen Arbeitskräften. Im Baugewerbe, in dem der Geschäftsgang, von einigen Städten abgesehen, während des ganzen Jahres ein flauer war, wird naturgemäß wie stets im Winter ein weiterer Rückgang der Arbeitsgelegenheit erfolgen. Doch ist eine Arbeitslosigkeit, für die besondere Vorkehrungen zu treffen wären, im Laufe des Winters voraussichtlich nicht zu erwarten.

Falls wider Erwarten da oder dort die Notwendigkeit der Beschäftigung von Arbeitslosen zutage treten sollte, wird teils bei städtischen Unternehmungen, teils auch im Geschäftsbereich staatlicher Verwaltungen die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit möglich sein. Die Landeszentrale der badischen Arbeitsnachweise ist über Art und Umfang der gegenwärtigen Arbeitsgelegenheiten im Bereiche der Eisenbahnverwaltung benachrichtigt.

Kommunalpolitische Umschau.

Die Wohnungsfrage.

rr. Mannheim, 22. Dez. Die diesjährige Zählung der leerstehenden Wohnungen hat einen Bestand von 642 Leerwohnungen oder 1,40% der Gesamtzahl ermittelt gegen 1184 oder 2,53% im Vorjahre und 383 oder 1,40% im Jahre 1900. Wir sind demnach genau wieder auf dem Stand angekommen, von dem wir zu Beginn des Jahrhunderts ausgegangen sind, und befinden uns wieder einmal in einer Periode der Wohnungsknappheit, wie dies nach den Ergebnissen des Vorjahres vorausgesehen werden mußte. Sollte sich doch im Vorjahre der Wohnungsbedarf ungeachtet eines durch die Bautätigkeit bewirkten Zuganges von rund 1600 Wohnungen um etwa 260 Wohnungen verringert. Auch im laufenden Jahr war bei bedeutend verlangsamter Bautätigkeit und dauernd kräftiger Bevölkerungszunahme ein verstärkter Rückgriff auf den ohnehin schon reibulerten Leerwohnungsbestand notwendig. So schmolz dieser Vorrat um 500 Wohnungen auf nicht viel mehr als die Hälfte seines lehrjährigen Bestandes zusammen. Wieder nähern wir uns mit raschen Schritten dem tiefsten Punkt. Eine zweite Wellenbewegung, die 1897 einsetzte, kommt damit zum Abschluß. Aber wir haben Grund, anzunehmen, daß eine derart überstürzte Folge von Wohnungsnot und Ueberfluß, wie sie die Jahrtausendwende mit sich brachte, in Mannheim so bald nicht wieder zu beobachten sein wird, denn ein Hereinstromen von Menschen nach Mannheim in der Stärke, wie es von 1895 bis 1900 der Fall war, werden wir in absehbarer Zeit kaum mehr erleben. Hat doch der Wanderungsüberschuß in dem im ganzen nicht ungünstigen Jahrzehnt 1905/10 nur 7668 gegen 23 404 in 1895/1000 betragen. Unser ländliches Menschenreservoir verträgt vorerst keine solche Inanspruchnahme, um so weniger, als auch über dem Land das Damoklesschwert des Geburtenrückgangs schwebt. Auch die Verbesserung des Verkehrs trägt dazu bei, die Stadt vor der Wiederkehr einer solchen Ueberflutung wie in den Vor Jahren zu bewahren. Umgekehrt wird bei rückläufiger Konjunktur kein panikartiger Abstrom der Bevölkerung erfolgen, wie dies 1901/02 der Fall war. Aber auch von selten des Angebots ist

ist, deren Erreger isoliert werden kann, wenn man ihn auch nicht sichtbar machen kann. Alle mikroskopischen Untersuchungen ergaben kein Bakterium oder anderes Lebewesen, das als Erreger angesprochen werden konnte. Flechner nahm deshalb an, die Größe des Erregers läge nicht innerhalb der Sichtbarkeitsgrenze des Mikrostops, und es stellte sich heraus, daß diese Annahme richtig sei. Die einzige Möglichkeit, das Vorhandensein des gesuchten Erregers nachzuweisen, besteht im Tiereruch. Präparate, die auf den Erreger hin geprüft werden sollten, wurden Affen auf bestimmte Weise empfangen, und wenn die Affen dann an Poliomyelitis erkrankten, konnte mit Sicherheit geschlossen werden, daß der Erreger vorhanden gewesen war. Natürlich hatte Flechner vorher nachgewiesen, daß Affen sich der Krankheit gegenüber genau so verhalten, wie Menschen. Flechner filtrierte sein Untersuchungsmaterial durch ein Berkefeldfilter, und das „Birus“, wie er vorzüglich sagt, ging durch das Filter mit hindurch. Das Birus der Kinderlähmung wurde in allen Körperteilen gefunden, die als eigentlicher Sitz der Krankheit erkannt sind, so im Gehirn und im Rückenmark und in den Lymphknoten des Unterleibes. Außerdem fand es sich noch in der Schleimhaut der Atmungswege und in den Schleimhäutungen des Magens, dagegen nicht in der Milz, der Leber, den Nieren und im Knochenmark. Die Nasenschleimhaut hatte Flechner von Anfang an im Verdachte, die Eingangspforte der Krankheit zu sein, und dieser Verdacht bestätigte sich. Er tauchte ein Kamelhaar oder einen Baumwollfaden in die filtrierte, das Birus enthaltende Flüssigkeit und brachte das Haar oder den Faden dann auf die Nasenschleimhaut eines Affen. Bereits nach 48 Stunden konnte das Birus dann im Gehirn, und zwar in den Nerven, nachgewiesen werden. Seinen Weg dahin hatte es in den Geruchsorganen zurückgelegt. Durch die Cerebro-spinalflüssigkeit wird das Birus dann den übrigen Teilen des Nervensystems mitgeteilt. Bei Erkranken ist der Krankheitsstoff, so lauten Flechners weitere Ergebnisse, regelmäßig in der Nasenschleimhaut vorhanden. Das Birus vermag die Ausbreitung und kann in Staubform übertragen werden. Wenigstens hat Flechner in einem Falle in dem ausgelegten Staube eines Krankenzimmers das Birus nachgewiesen können. Es versteht sich von selbst, daß es auch übertragen werden kann, wenn der Erkrankte hustet oder niest. Es ist ferner möglich, daß es auf die Nasenschleimhaut Gekünder gelangt, die nicht erkranken, aber die Krankheit weiter verbreiten können. Mit dem Auffinden der

Eingangspforte ergab sich für Flechner zugleich die Erklärung dafür, warum besonders Kinder im Garten Alter für die Krankheit besonders empfänglich sind. Bei ihnen sind Nasen- und Rchlorgane überhaupt empfindlicher als bei Erwachsenen. Für die Genesung, die auf dem gleichen Wege in den Körper gelangt, gilt dies ebenso, wie bereits seit längerer Zeit bekannt ist. Als weitere Überträger der Krankheit kommen nach Flechner auch Tiere in Betracht. Das besonders häufige Auftreten der Kinderlähmung gegen Ende des Sommers legt den Verdacht nahe, die Stubenfliege sei bei der Verbreitung der Krankheit beteiligt. Flechner hält dies für sicher, besonders da das Birus durch den Körper der Stubenfliege unanverändert hindurch geht. Auf der Suche nach einem Heilmittel der Kinderlähmung hat Flechner zwei Wege gleichzeitig betreten. Von seinen Affen hat er ein Serum gewonnen, das die Kinderlähmung in ihrer Wirkung ganz erheblich abschwächt. Beim Prüfen chemischer Präparate — dies ist der andere Weg — stellte sich heraus, daß das hexamethylenamin besonders wirksam ist. Gegenwärtig ist Flechner dabei, auf diesem Stoffe andere aufzubauen. Einige der Versuchsstoffe haben sich bereits als wirksamer erwiesen, als der Ausgangsstoff.

Aus der Welt des Pflumpuddings. So unerlässlich wie zur deutschen Weihnachtsfeier der Weihnachtsbaum gehört, gehört zur englischen der Pflumpudding, und fast die ganze Welt ist ihm tributpflichtig. Griechenland und die Türkei schicken Rosinen, Maro, Spanien, Frankreich und Italien liefern die Mandeln, die fernem Straltes Settlements senden Muskat, aus Indien oder Westafrika kommt Ingwer, Zimmt aus Ceylon und andere Gewürze kommen aus Siam, aus Hongkong und aus Westindien. Ein halbes Duzend Länder, von Deutschland angefangen bis nach Britisch-Guiana müssen für Zucker sorgen. Queensland, Neuseeland und Argentinien schicken Fett, Rußland, Dänemark und Canada Eier, und schließlich sind Ägypten, Indien und Nordamerika nötig, um die Baumwolle zu liefern, die meistens die Umhüllung während des Kochprozesses des Pudding liefert. Dies ist die stolze Liste der Länder, die eine engjährige Wochenschrift als tributpflichtige des Pflumpuddings aufzählt. Wo die meisten Pflumpuddings hergestellt werden, ist von vornherein klar: London, Englands Hauptstadt, ist auch die Hauptstadt im Reiche des Pflumpuddings, und von hier aus werden Pflumpuddings überall hingeführt, wo Engländer sind. Eine einzige Londoner Firma verfertigt all-

jährlich 80 000 Puddings. 60 Tonne davon wandern nach Frankreich, 30 nach Deutschland und 40 nach anderen europäischen Ländern; 150 Tonne davon sind für Indien, Australien und Afrika bestimmt. Der billigste Pudding kostet 3/4 Schilling, der teuerste 2 Guineen. Außerdem gibt es aber auch noch kostspieligere Puddings, die sich durch irgend eine Besonderheit auszeichnen, entweder durch eine Größe, die die üblichen Handelsgrößen weit überschreitet, oder durch Ueberauffagen, Einschläffe, die aus dem Boden des Juckers kommen. 3/4 Schilling ist für einen Pflumpudding ein recht mäßiger Preis. Vor 100 Jahren noch konnte eine Durchschnittsfamilie einen Durchschnittspflumpudding nicht unter 15 Schillingen bereiten. Trotzdem wurden damals schon gewaltige Puddingriesen gekocht. In Raignton (Devonshire) wurde im Jahre 1819 ein Pflumpudding von 800 Pfd. hergestellt, der drei Tage und drei Nächte kochen mußte, und etwa gleichzeitig wurde in Loughon (Cancashire) ein Pudding von fast 20 Zentnern gekocht. Der Rekordpudding, von dem die englische Geschichte erzählt, stammt jedoch aus dem Jahre 1858. Die eben erwähnte Ortschaft Raignton bereitete damals zur Feier der Eröffnung der Eisenbahn einen Pudding, der über eine Tonne wog. Vereingte man alle Pflumpuddings, die bei einem Weihnachtsfeste verzehrt werden, zu einem riesigen Pudding, so beläme man einen wahrhaft gigantischen Pflumpudding, der mit 8000 Tonne wohl ganz gut eingeschätzt ist. Allerdings muß man dann alle Pflumpuddings, die auf der ganzen Erde verzehrt werden, mitrechnen.

allein im September um 9 647 000 Puds. Nach dieser Produktion im ersten Drittel des Jahres 1912 kann nur mit einer Gesamtjahresproduktion von 6 680 000 Tonne gerechnet werden, während die Gesamtproduktion im Jahre 1902 noch 10 410 000 Tonne erreichte. Die von der Petroleumgesellschaft von Baku gewonnenen Mengen beliefen sich im September auf 15 000 000 Puds, während im September 1910 und 1909 mehr als 2 Millionen Puds gewonnen wurden. Zu diesen überall in den Lagern des Kaukasus wahrnehmbaren geringeren Erträgen kommen noch die Produktionen der neuen Petroleumlager von Surakhany, die in einem halben Jahre 5 500 000 Puds geliefert haben. Aber selbst dieser neue Zufluß kann die Gesamtproduktion nicht auf der Höhe des Vorjahres halten. Diese Erscheinung, die in Baku besonders deutlich wird, macht sich in allen Petroleumgebieten, die bereits seit längerer Zeit ausgehütet werden, geltend. So ist es nicht erstaunlich, daß trotz der Verwertung zahlreicher neuer Petroleumlager, nach denen man in der ganzen Welt fiebert, sucht, das billige Brennmaterial immer teurer geworden ist. In Baku hat der Verkaufspreis in letzter Zeit 38 Kopeken das Pud überschritten, während man 1911 25 Kopeken und 1910 15 Kopeken für das Pud zahlte.

Castige Ede.

Aus der Münchener „Jugend“.

Im Konzert. „Sie, Herr Nachbar, halten Sie mir nachher die Hand“ fest, wenn I aus 'm Saal geht“ der Kerl holt mir ab, wo mir 's Büllet g'heht hat!“

Liebe Jugend! In Prag, es wird übrigens anderswo auch so sein, genießen die Studenten im Theater den Vorzug ermäßigter Eintrittsgebühren. Natürlich müssen sie sich beim Kartieren legitimieren. Als ich nun unlängst eine Eintrittskarte erstehen wollte, passierte mir das Mißgeschick, daß ich dem Kassier an Stelle meiner Legitimationskarte den Verkaufchein meiner „studierenden“ Uhr überreichte. Mit „Parbon, ich habe mich geirrt“, fahre ich, die Verwechslung bemerkend, nach dem ominösen Dokument. Aber der nette alte Herr hatte sich bereits mit raschem Blick orientiert und freundlich nickend, „Ach danke schön, das genügt mir schon!“ folgt er mir eine Studententarte aus. So ward ich erlantt.

Kirche und Schule.

Aus der evangelischen Kirche.

Pfarrer Schmidt von Leopoldshafen schreibt uns: Da nun doch einmal Dinge, die in den kirchlichen Blättern verhandelt werden sollten, in die Tageszeitungen geraten sind, so möchte ich erklären, daß ich auch nach Kenntnisnahme der Entgegnung von Pfarrer Wurtz keine Ursache finde, meine Ausführungen in Nr. 12 des Korrespondenzblattes der landeskirchlichen Vereinigung zurückzunehmen. Dagegen werde ich versuchen, sobald meine Zeit es erlaubt, meine kurzen Sätze ausführlicher und genauer zu begründen. Ich betone aber jetzt schon, daß ich mehr von der Vergangenheit als von der Gegenwart rede bei der Erwähnung der geringen Beliebtheit des Summepflichts in positiven Kreisen. Wenn Pfarrer Wurtz meint, meine Kritik sei geeignet, seine Partei oben anzuschwärzen, so muß ich gestehen, daß ich eine bessere Meinung von der Deutung „oben“ habe. Es werden dieselben gewiß eine aufrichtige Ueberzeugung verstehen und würdigen, auch wenn sie ihr nicht zustimmen.

Heer und Flotte.

Der Dreadnoughtbau der Mächte Ende 1912 und für 1913.

Man schreibt uns: Der Gesamtbestand aller Mächte an kampffähigen Dreadnoughts beläuft sich beim Jahreswechsel auf 55 mit 1 198 600 t. Es besitzt England an fertigen modernen Linien Schiffen 15 mit über 338 000 t. Es folgen Deutschland mit 10 über 216 000 t, die Union mit 8 (etwa 183 000 t), Frankreich mit 6 (etwa 110 000 t), Japan mit 4 (etwa 82 000 t), Oesterreich und Italien mit je 1 (etwa 21 000 t). Auffallend ist in dieser Zusammenstellung, daß Rußland gänzlich ausfällt. Fertige Linien Schiffe moderner Art besitzt zu dieser Zeit England 7 mit etwa 159 000 t, während Deutschland 3 mit etwa 65 000 t aufweist. Andere Staaten verfügen zurzeit tatsächlich über keine fertigen Kampfschiffe dieser Art. Betrachtet man dagegen die Zahl der modernen Kampfschiffe, die beim Jahreswechsel im Bau sind, so ändert sich wesentlich das Bild. England hat 11 Linien Schiffe mit 303 000 t und 3 moderne Schlachtschiffe mit 79 000 t im Bau. Deutschland entsprechend 7 und 3, deren Tonnagehalt noch nicht feststeht. Es folgen dann beziehungsweise Frankreich mit 7 großen Linien Schiffen, die etwa 165 000 t fassen, sowie Italien und Rußland mit der gleichen Zahl von 166 000 bzw. 161 000 t. Erst dann kommt die Union mit 5 Dreadnoughts (etwa 145 000 t), Oesterreich mit 3 (etwa 64 000 t) und Japan mit 1 (etwa 31 000 t). Was die großen Schlachtschiffe anbelangt, so sind auch in Japan und Rußland je 4 mit 112 000 bzw. 120 000 t im Bau. Hinsichtlich der Dreadnoughts, die zum Jahreswechsel im Bau sind, steht also Rußland mit im ganzen 11 derartigen Schiffen nächst England, das über 14 verfügt, an der Spitze der Mächte. Erst dann folgt Deutschland mit 10 Neubauten, und weiter Italien und Frankreich mit je 7. Was die Indienststellung der Dreadnoughts im Jahre 1913 anbelangt, so werden die Engländer nach den bisherigen Plänen weitere 3 Schiffe der „King George V.“-Klasse (27 000 t) fertigstellen. Außerdem den Panzerkreuzer „Queen Mary“ (30 000 t), während Deutschland 3 Schiffe der Kaiser-Klasse („Prinzregent Luipold“, „König Albert“ und „Kaiserin“, je 24 700 t) sowie den Panzerkreuzer „Seebly“ im Laufe des nächsten Jahres fertigstellen wird. In Frankreich werden im Jahre 1913 2 Schiffe der „Jean Bart“-Klasse (23 500 t) fertig, in Italien die 3 Schiffe der „Canour“-Klasse (22 000 t) sowie der „Dante Alighieri“, der schon fertiggestellt sein sollte. Die

japanische Marine wird durch Fertigstellung des 28 000 t großen Panzerkreuzers „Kongo“ einen Zuwachs erhalten, und Oesterreich-Ungarn durch den Dreadnought „Tegethoff“. Die russische Marine wird im Jahre 1913 keine Vermehrung durch fertige Großkampfschiffe erfahren, während die Vereinigten Staaten durch die beiden Schiffe der „Neunork“-Klasse (28 000 t) vergrößert wird. Möglich ist wohl, daß die englische Marine, wie der Fall des Linien Schiffes „King George V.“ beweist, wieder einen beschleunigten Ausbau der im Bau befindlichen Panzer vornimmt. Was die Aufstellung der Großkampfschiffe anbelangt, so dürfte sich diese mit allen Einzelheiten noch nicht übersehen lassen. Vermutlich wird England 5 oder 6 Dreadnoughts auf Stapel legen, während wir bekanntlich geschätzungsweise 3 solcher Schiffe in Bau nehmen werden.

Neues Fiasco der französischen Geschützindustrie.

Man schreibt uns: Vor einiger Zeit wurde in der französischen Fachpresse viel Sprechens von einem neuen Geschützmodell, dem Rohrvorlaufgeschütz des Obersten Depont, gemacht, der angeblich das Problem des Rohrvorlaufs gelöst habe, das gegenüber dem Rohrrücklauf ganz wesentliche Vorzüge aufweise. Sein 65 mm-Geschütz wurde auch in Marokko verwendet. Jetzt kommt die niederschmetternde Kunde, daß das Geschütz bei den Probeversuchen in der Union total verfehlt hat. Auf dem Schießplatz Sandy Hook haben die maßgebenden Persönlichkeiten nach dem „Board of Ordnance and Fortification“ ein vernichtendes Urteil gefällt und offen ausgesprochen, daß das Geschütz keine Eigenschaften aufweise, die der Erwähnung wert wären, es der amerikanischen Armee einzuverleihen. In Wirklichkeit hat das Geschütz auch in Marokko nur Mägliches geleistet, und man weiß, daß ihm das Schießen mit Mörserverladerungen schlecht bekommen ist, so daß das französische Kriegsministerium seinerzeit Untersuchungen anstellen ließ, auf welche Weise den Beschädigungen beim Versetzen der Kartuschen abzuhelfen lie. Da man weiter nichts von dieser Gelegenheit hört, scheint ein probates Mittel hiergegen nicht ausfindig gemacht zu sein. Das Geschütz ist übrigens im Jahre 1910 in der Türkei erprobt worden, wo es gleichfalls einen ausgesprochenen Mißerfolg hatte. Das Depontgeschütz weist eine Vorlaufbremse auf, die die Flüssigkeitsbremse ersetzen soll. Diese Einrichtung hat sich aber nicht bewährt, da das Geschütz beim Vorlauf aus der Richtung gedrückt wird, und außerdem die Verankerung der Lafette durch Radschube und einen Sporn viel zu unständlich ist, um sich praktisch durchführen zu lassen. Auch die Schießergebnisse an und für sich haben nicht befriedigt, da die Energie der Geschüßleistung zu gering ist. So bleiben bloß noch die geringe Feuerhöhe, das große Richtfeld und die Leichtigkeit des Geschützes übrig, die aber die schwer ins Gewicht fallenden Nachteile nicht ausgleichen können. Alles in allem scheint der Rohrvorlauf, mit dem die Schweizerische Fabrik seinerzeit auch in Italien kein Glück gehabt hat, sich nicht zu bewähren, womit die französische Waffensindustrie wiederum eine Niederlage erlitten hat.

Staat, Städte und Elektrizitätsmonopole.

Die preussischen und sonstigen bundesstaatlichen Minister haben schon häufig die ihnen untergeordneten Staats- und Kommunalbehörden davor gewarnt, den privaten Elektrizitätskonzernen auf lange Zeit hinaus wichtige Monopolverträge zu erteilen. Wenn es aber dazu kommt, tut der Staat das Beste, wozu er den Unternehmern abtrifft. Es hat eine gewisse Befremdung erregt, daß der preussische Eisenbahnminister in der Begründung zum Entwurf eines Eisenbahnleihegesetzes, in dem die erste Rate von 50

Millionen Mark für die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn angefordert wird, darauf hinweist, daß er die elektrische Energie zum Betriebe der Stadtbahn aus zwei privaten Kraftwerken (die von der U.C.G. und den Siemens-Schuckert-Werken in einem Braunkohlengraben errichtet werden sollten), beziehen würde. Die Gründe, durch die dieser dreißigjährige Vertrag des Eisenbahnministeriums mit Privatunternehmern den Abgeordneten plausibel zu machen versucht wurde, wirkten wenig überzeugend. Besonders, wenn es der Eisenbahnminister, dessen Etat doch auf Milliarden basiert, nicht verschmähte, bei einem geringfügigen Objekt von etwa 20-30 Mill. M das Argument heranzuziehen, daß bei einem Bezug der elektrischen Energie von privater Seite der Staatskredit weniger in Anspruch genommen werde als bei einer Selbstherstellung. Auch steht es der Eisenbahnverwaltung, die doch häufig genug auf ihre hohe technische Leistungsfähigkeit pocht, nur schlecht an, wenn sie mit einem Privatwerte eine vollkommene Sicherheit gewähre.

Jetzt hat nun der Vorstand des Reichsoberbundes deutscher Städte in einer Eingabe an das preussische Abgeordnetenhaus gegen den Vertrag des Fiskus mit den Privatunternehmungen Stellung genommen. In der Eingabe wird unter anderem ausgeführt: „Der Vorstand ist davon überzeugt, daß wenn der Staat im vorliegenden Falle ohne ganz schwerwiegende Gründe, etwa nur aus rein finanziellen Rücksichten, privaten Großfirmen in einem langfristigen Vertrage außerordentlich wichtige Monopolverträge überläßt — daß es dann den Selbstverwaltungsorganen mehr und mehr unmöglich werden wird, bei Verhandlungen über Ueberlandzentrale ihre Interessen gegenüber den Großfirmen zu durchzusetzen, die die Staatsbehörden es immer wieder anregen. Denn diese Großfirmen werden es mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln verstehen, die Bedeutung eines solchen Vertrages des Staates mit ihnen bei allen jenen Verhandlungen vor Augen zu führen, und damit vor allem bei der erfahrungsgemäß wenig über die gesamte Sachlage unterrichteten Bevölkerung der kleinen Städte einen nachhaltigen Eindruck zu wecken. Der Vorstand bittet daher das Abgeordnetenhaus, dafür einzutreten, daß die elektrische Kraft für die geplante Elektrifizierung von Staatsbahnen vom Staate selbst hergestellt werde.“

Südwestafrikanische Diamantförderung.

In der Presse des Schutzgebietes finden sich Angaben über die gefasteten seit dem Jahre 1908 bis Ende September 1912 von der Diamantregie verarbeiteten südwestafrikanischen Diamanten. Im Jahre 1908, wo bekanntlich im Juli die ersten glänzenden Steine bei Überberg gefunden wurden, verkaufte die Regie rund 16 000 Karat zum Preise von 345 000 M, so daß der Erlös durchschnittlich 21,75 auf den Karat betrug. Im Jahre 1909-1910 wurden verkauft 709 000 Karat für insgesamt 21 049 000 M, was einem Durchschnittserlös von 29,87 M entspricht. Im Jahre 1910-1911 wurden verkauft 793 000 Karat im Werte von etwas über 20 1/2 Millionen Mark, so daß der Durchschnittserlös nur wenig über 26 M betrug. Er sank im nächsten Berichtsjahr auf 25,81 M, denn die Verkaufsmenge ging herab auf 766 000 Karat im Werte von 19 785 000 M. Das letzte Jahr hat eine wesentliche Verbesserung gebracht. Zwar war die Ausbeute des Monats Mai mit 61 000 Karat geringer als der Durchschnittsmonat der Vorjahre, aber der Durchschnittserlös war höher, und die folgenden Monate haben noch bessere Erträge ergeben, insbesondere, seitdem vom September ab die Monopongruben in Angriff genommen worden ist. So wird der Gesamterlös dieses Monats in der erwähnten Nachweisung mit 2,8 Millionen Mark

geschätzt. Insgesamt sind also seit Juli 1908 bis Ende September 1912 in Deutsch-Südwestafrika für rund 73 000 000 M Diamanten gefördert und verkauft worden.

Juristische Bauderecke.

Bürgerschaftskündigung.

Bürgen bringt Bürgen, sagt ein altes Volkspruchwort; es ist gewiß viel Wahres daran. Und doch, wie leicht nehmen es häufig die Leute mit dem Bürgen! Der Schuldner, der die Bürgerschaft braucht, versichert natürlich dem Freund oder dem Verwandten, der sich verbürgen soll, hoch und teuer, daß er so nie zu begahnen brauche; nur die Unterschrift sei nötig. Der Freund oder Vetter aber denkt: Na, schlimm wird's ja nicht werden, und im Notfall — ja, was im Notfall? Da ergreift man die Feder und schreibt dem Gläubiger einen schönen Brief: „Als ich mich für meinen Freund verbürge, da ist er noch gut gestanden und hat mir versprochen, daß ich nie zu begahnen brauche; jetzt steht er freilich schlecht, aber ich kündige jetzt die Bürgerschaft.“ Wenn das nur so leicht ginge! Aber der böse Gläubiger, der sein Geld will, schreibt dem Bürgen zurück: „Unter der Bürgerschaftsurkunde steht Ihre Namensunterschrift. Wo der Name steht, da steht der Kopf! Sie haben sich ja gerade dafür verbürgt, daß ich mein Geld bezahlt bekomme; vom Hauptschuldner ist nichts zu artgen, also müssen Sie daran glauben. Ihre Kündigung geht mich nichts an; das wäre noch schöner, wenn sich ein Bürge gerade beim Eintritt des Falles, für den er sich verbürgt hat, seiner Verpflichtung entziehen könnte durch eine Kündigung. Wenn Sie nicht alsbald zahlen, werde ich Sie verklagen.“

Wie steht's nun damit? Hat der Gläubiger Recht und muß der Bürge bezahlen, oder ist seine Kündigung wirksam? Das deutsche bürgerliche Gesetzbuch (allgemein kurz mit B.G.B. bezeichnet) sagt in § 766, daß der Bürge sich durch den Bürgerschaftsvertrag dem Gläubiger eines Dritten verpflichtet, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen. Daher würde natürlich die Abfertigung der ganzen wirtschaftliche Zweck der Bürgerschaftskündigung verfehlt, wenn es dem Bürgen freistünde, seine Bürgerschaft beliebig, namentlich wenn sie gerade so recht ihren Zweck erfüllen soll, zu kündigen. Die Kündigung ist überhaupt nicht allgemein bei Rechtsverhältnissen zulässig, sondern vom Gesetz nur für eine Anzahl bestimmter Rechtsverhältnisse vorgesehen (so beim Darlehen, beim Arbeits- und Werkvertrag, bei der Miete, bei Pacht und Leihe, beim Gesellschaftsvertrag), bei anderen aber ausgeschlossen; das gilt namentlich von der Bürgerschaft. In unserem Beispielsfall hat also der Gläubiger die Kündigung der Bürgerschaft mit Recht zurückgewiesen; der Bürge muß zahlen.

Wohl aber kennt das Gesetz die Befugnis des Bürgen, von dem Schuldner, für den er sich verbürgt hat, unter Umständen Befreiung von der Bürgerschaft zu verlangen. Das Nähere ist darüber im § 775 B.G.B. nachzulesen. Dieses Recht wird aber häufig dem Bürgen nicht viel helfen. Darum: man sei vorsichtig mit dem Bürgerschaftsleihen! Das Gesetz sucht einem leichtfertigen Verbürgen vorzubeugen durch die Vorschrift im § 766 B.G.B., daß die Bürgerschaftskündigung schriftlich abgegeben werden muß; man soll nicht an jedem leicht hingeworfenen Wort festgehalten werden können, man soll sich die Sache überlegen, bevor man seinen Namen hinschreibt; wo der Name steht, da steht der Kopf! Nur für Kaufleute gilt nach § 350 des Handelsgesetzbuches die Regel, daß auch eine bloß mündliche („formlose“) Bürgerschaftserklärung rechtswirksam ist, wenn sie für den Erklärenden ein Handelsgeschäft ist, d. h. ein Rechtsgeschäft, das er im Betriebe seines Handelsgewerbes vornimmt.

Theater und Musik.

Der Pensionar des Karlsruher Hoftheaters wurden die Körperrechtsrechte verliehen.

Hans Pflüger, der bekannte, jetzt in Straßburg ansässige Lyriker, ist zum tgl. Professor ernannt worden.

Ein Otto-Brahm-Denkmal. Die Verehrung für Otto Brahm, unter dessen Führung bekanntlich in der deutschen Schauspielkunst ein neuer Stil der Menschendarstellung sich durchgesetzt hat, befindet sich durch eine Anregung, die aus Schauspielkreisen herorgeht. In der letzten Nummer des „Neuen Weg“ fordert Max Marx (Stuttgart) mit warmen Worten die Genossenschaft zur Errichtung eines Denkmals für Otto Brahm auf.

Goethes „Faust“ an einem Abend in Paris gespielt. Von unserem Pariser Korrespondenten wird uns geschrieben: Der gigantische Versuch, Goethes „Faust“, beide Teile zusammengezogen, auf einer französischen Bühne in einer Uebertragung zur Aufführung zu bringen, aus der die besonders in Frankreich weitgehenden Ansparsfreiheiten ausgeschaltet werden, ist in dem Odéon-Theater unter Leitung Antoinettes gelungen, soweit er gelangen konnte. Der Goethekenner Emile Vedel hat das Seine getan, um die gewaltigen Gedanken wiederzugeben, und noch mehr ist es Herrn Antoine geglückt, durch eine Ausstattung, die bis in die Einzelheiten von peinlicher Sorgfalt und von umfaßender Kenntnis des Werkes und des deutschen Wesens bezeugt, dem „Faust“ dem französischen Verständnis nahe zu bringen. Aber nur nahe. Von einem wirklichen Eindringen in die weltumspannende Tiefe des größten Monumentes menschlichen Ringens nach Erkenntnis kann nicht die Rede sein. Selbstverständlich sind, um das Werk an einem Abend aufzuführen zu können, Streichungen in Masse erfolgt. Von einzelnen Szenen sind überhaupt nur Skizzen geblieben und man darf wohl daran zweifeln, ob bei der Ausschaltung der Episoden auch das wahre Verständnis für das absolute Notwendige und das allenfalls Entbehrliche waktete. Die oft grausamen Schritte werden den Zuschauern durch Musikfragmente (!) verdeckt, die „Faust“-Kompositionen, besonders von Liszt, Schumann und Berlioz, entnommen sind. Daß sie würdig zu Gehör gebracht werden, dafür bürgt der Name des Dirigenten Pierre Menzies. Der Schulmännchen, der in das Bild an den Elbfern gewirkt ist, gefiel außerordentlich und trug der Dirigentin, Frau Louise Fuller, allgemeine Anerkennung ein. Mit dem Geiste des Olympiers hat die „Ergänzung“ allerdings nichts mehr gemein. Desontaines als Mephisto, Joubé als Faust, Fraulein Glorie als Gretchen gaben das Beste ihrer Leistungsfähigkeit, aber weiter kann das Lob nicht gehen.

Kunst und Wissenschaft.

Auflösung der Münchener Scholle. In der Generalversammlung der Münchener Künstlervereinigung „Scholle“ wurde einstimmig deren Auflösung beschlossen. Während ihres 12jährigen Bestehens hat sich die „Scholle“ hier und in vielen großen deutschen Städten durch ihre Ausstellungen einen sehr geachteten Namen erworben. Die Neuordnung der Münchener Alten Pinakothek. Trotz der Ungewißheit über den Nachfolger Hugo v. Tschudi wird jetzt das von dem verstorbenen Leiter der bayerischen Gemäldergalerie begonnene Werk der Neuordnung der Münchener Alten Pinakothek fortgesetzt werden. Und zwar sollen fünf der großen Mittelräume, die der Hofmaler, der erste Rubensaal, der von Dyck, die Säle der Frührenaissance und der Venezianer eine neue Wandbehangung erhalten. Die Pinakothek bleibt daher von Neujahr bis etwa Mitte Februar geschlossen.

Museumsgedanken und Erfahrungen.

In der 3. Sitzung des Karlsruher Altertumsvereins behandelte Geh. Rat Wagner „Museumsgedanken und Erfahrungen“, die sich ihm aus der Entwicklung der Großstaatsmuseen seit ihrer durch die großartige Entschließung des verewigten Großherzogs Friedrich I. hergestellten Vereinigung in dem 1875 eröffneten neuen Sammlungsgebäude ergaben. Das Interesse gerade der gebildeten Kreise an den neuen Einrichtungen erschien damals noch gering, belebte sich aber immer mehr im Laufe der folgenden Jahrzehnte. Von vaterländischen Altertümern war, durch die Tätigkeit des früheren Konservators v. Bayer zusammengebracht, fast nur Vorgefunden und Wärmisches, Zufallsfunde und Ergebnisse von Ausgrabungen vorhanden, die es galt, an sich und durch weitere Forschungen im ganzen Lande zu ergänzen und lehrhaft zu ordnen. Erschien gerade diese Abteilung als nicht besonders populär, so erweist sich ihre Wichtigkeit darin, daß es sich um Dokumente aus einer Zeit, die noch der Schrift entbehrt, also um ein Landesarchiv aus jenen Zeiten handelt, das sich dem Urkundenarchiv aus späteren Perioden an die Seite zu stellen hatte. Die wachsende Menge der Gegenstände machte es nützlich, eine Schauabteilung derselben für das allgemeine Publikum von einer nicht öffentlich ausgestellten Studienabteilung zu trennen. Sollten spätere Perioden des Mittelalters und der neueren Zeit in einer bairischen Altertümersammlung Berücksichtigung finden, um ein kulturhistorisches Bild derselben zu geben, so war es richtig, bis zu den Zeiten herabzugehen, deren Erscheinung als eine abgeschlossene angesehen werden kann, und zugleich den bairischen Charakter der Gegenstände dahin auszuzeichnen, daß nicht nur

rein bairisches Fabrikat, sondern auch auswärtiges, das sich im Lande eingebürgert hatte, bezuziehen war.

Letzteres läßt sich mehr als Aufgabe der verschiedenen Lokal-Sammlungen im Lande bezeichnen, die als bedeutsame Kulturfördernde öffentliche, auch staatliche Unterstützung verdienen, sobald sie sich als wirklich lebensfähig erweisen, und nicht, wie schon manche Erfahrung lehrt, der Erhaltung wertvoller Gegenstände mehr schädlich als nützlich sind. Im allgemeinen bleiben Altertümer am besten da bewahrt, wo sie entstanden sind und hingehören, da sie dort des öffentlichen Interesses am sichersten sind. Wo sie Gefahr laufen, verloren zu gehen oder durch den Handel außer Landes zu kommen, hat die Staatsverwaltung einzugreifen, die in dieser Richtung den Charakter einer Rettungsanstalt erhält. Sie selbst wird die Kulturentwicklung im Lande mehr in großen Zügen zur Erscheinung zu bringen haben und dabei praktisch die Lokalsammlungen mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Da die zu erhaltenden Gegenstände am meisten mit den bildenden Künsten sich berühren, so kommt das Verhältnis der Altertümer-Museen zu den Kunstsammlungen und Kunstgewerbe-Museen, besonders zu den letzteren, in Frage. Diese haben erkannt, daß sie für ein eingehenderes Verständnis der betreffenden Werke sich nicht nur auf die Erzeugnisse der Kunst zu beschränken, sondern auch die vorangehende kulturhistorische Entwicklung in Betracht zu ziehen haben, wodurch sie immer mehr dem Charakter der Altertümersammlungen sich nähern. Sie sind deshalb berechtigt und nützlich, wo in einer Stadt sich eine ausgeprägte Kunstindustrie befindet, so in Würzburg für Bijouterie oder in Frankfurt für Uhrbau, auch in ganz großen Städten, wie London und Berlin, die mit dem vorhandenen Ueberfluß an gleichartigem Material zwei und mehrere Museen nach verschiedenen Gesichtspunkten aufzustellen fähig sind. Sonst ist es aus Rücksicht auf die Sparbarkeit und um das Vorhandene nicht zu verpflanzen, ratsam, sich mit einem größeren Museum, das sich zugleich als bedeutendere Schauwürdigkeit der Stadt präsentiert, zu begnügen, dem man dann entweder mehr kulturhistorischen oder mehr kunsttechnischen Charakter geben und es nach beiden Richtungen sich entwickeln lassen kann.

Zweckmäßig läßt sich damit auch eine Abteilung für Völkertunde vereinigen, die dazu dient, die Kulturentwicklung der verschiedenen Völkertämme der Erde zur Anschauung zu bringen und das Interesse für ethnographische und geographische Gebiete zu fördern.

Dem Vortrag fügte der Direktor des Kunstgewerbe-Museums, Hoffacker, in längerer Darlegung seine Erfahrungen und Wünsche für einen fortschrittlichen Ausbau des Museumswesens bei.

Eine sehr angeregte Diskussion, an der sich außer den beiden Rednern die Vereinsmitglieder Dr. Ammon, Dr. Fritsch, Rohmann, Weinbrenner, Willard beteiligten, ließ erkennen, wie wichtig es ist, daß dem doch wohl in absehbarer Zeit zu schaffenden neuen Landesmuseum die anderswo gemachten Erfahrungen zugute kommen. Die auf wissenschaftlicher Höhe stehenden auswärtigen Sammlungen besaßen zahlreiche, auf Zuwachs des Materials berechnete Säle, aber auch besondere Studienräume, Hörsäle, namentlich aber einen ganzen Stab sachwissenschaftlich gebildeter Beamten.

Dringend nötig ist, Verständnis für die Wichtigkeit wissenschaftlich angelegter Museen in weitere Kreise zu tragen und besonders die maßgebenden Stellen dafür zu interessieren. Anerkannt wurde, daß gerade für die Schule begonnen worden ist, das kulturgeschichtlich Wertvolle unserer Sammlungen für das Verständnis geschichtlichen Lebens auszunutzen.

Zentralfunktions-Bestrebungen in Dresden. Die Leitung der Stadtbibliothek, des Ratsarchivs sowie der drei städtischen Museen, nämlich des Stadtmuseums, des Körnermuseums und des Schillingmuseums, soll künftig in der Hand eines Direktors vereinigt werden. Zu seiner Unterstützung soll außer dem Archivar bei der Stadtbibliothek für die Museen die Stelle eines Museumsassistenten vom 1. Januar 1913 ab begründet werden.

Bewilligung von Forderungen der Heidelberger Kliniker. Die drei Forderungen in der Eingabe der Heidelberger Kliniker an die medizinische Fakultät vom 19. Dezember sind vom Dekan der Fakultät, Professor Feiner, auf Grund eines Fakultätsbeschlusses vom 21. Dez. dahin beschließen worden, daß entsprechend der ersten Forderung zum Praktizieren an den klinischen Anstalten fortan nur Studenten zugelassen werden sollen, welche die ärztliche Vorprüfung bestanden haben. Da bei strenger Durchführung dieser Bestimmung russische Studierende wahrscheinlich nicht mehr praktizieren dürfen, so könne von der zweiten Forderung eines deutschen Sprachexamens für Ausländer abgesehen werden. Die dritte Forderung, die Zulassung zu den klinischen Instituten auf eine bestimmte Zahl zu beschränken, überschreite die Befugnisse der Fakultät.

Geheimer Hofrat Dr. Gordan, Professor der Mathematik an der Universität Erlangen, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

